

**Bitte beachten: Der Nachdruck ist erst nach dem 14. September 2005 gestattet.**

## **Bettagsmandat 2005**

### **Die Regierung**

An die Einwohner des Kantons Graubünden

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Der Staat und die Kirche sehen sich vor besondere Herausforderungen gestellt. Die Grenzen ihrer Tätigkeiten und Zuständigkeiten werden zunehmend unscharf. Auf der einen Seite engagieren sich die Kirchen in zahlreichen Gebieten, die Berührungspunkte mit staatlichen Aufgaben oder sogar Überschneidungen mit solchen aufweisen. Zu denken ist an den Sozialbereich, das Asylwesen, Familien- und Schulfragen und ganz allgemein an die Gesellschaftspolitik. Auf der anderen Seite formuliert der Staat oftmals in den gleichen Bereichen klare Erwartungen an die Kirche und ihre ethische Haltung. Als neue Dimension kommt nun dazu, dass sowohl Politikerinnen und Politiker wie Kirchenvertreterinnen und Kirchenvertreter ganz gezielt die sachliche und persönliche Auseinandersetzung jeweils mit der anderen Seite suchen. Dies geschieht manchmal stilvoll und zurückhaltend, manchmal engagiert und doch kompromissbereit, manchmal aber auch fordernd, mit wenig Verständnis für die Gegenseite oder sogar verletzend.

Nun kann man sich fragen, ob es diese Art von Auseinandersetzung braucht, wenn ja, was sie allenfalls Positives bewirken kann und welche Spielregeln eingehalten werden müssen, damit überhaupt positive Erfahrungen möglich sind. Um es vorweg zu nehmen, weder die Kirche noch der Staat können es sich leisten, zu brennenden Zeitfragen vor allem im gesellschaftspolitischen Bereich keine Stellung zu nehmen oder sich nur undeutlich zu äussern. Dass dabei auch unterschiedliche Haltungen und Meinungen aufeinanderprallen, ist selbstverständlich. Nicht selbstverständlich ist hingegen, wenn Meinungsdivergenzen zwischen Kirchen- und Staatsvertreterinnen und Staatsvertretern in fundamentalistischer, unerbittlicher Art und mit mangelndem

Respekt vor anderen Standpunkten ausgetragen werden. Hier kann die Kirche klare Zeichen setzen. Eine ihrer grossen und wichtigen Aufgaben muss es sein, auf Basis der christlichen Lehre ethische Grundwerte und moralische Wertmassstäbe zu vermitteln. Glaubwürdig kann sie dies dann tun, wenn sie mit lebendigem Beispiel vorgeht. Sowohl die Botschaft wie auch die Art der Vermittlung haben diesem Anspruch zu genügen. Wer anders als die Kirche soll es denn sein, die Wege aufzeigt, wie Probleme gemeinsam und im Sinne der christlichen Nächstenliebe gelöst werden können? Wer anders als die Kirche soll denn für sich in Anspruch nehmen, Lebensorientierung und Hilfestellung in schwierigen Situationen zu bieten? Wer anders als die Kirche soll zu Toleranz und gegenseitiger Achtung gerade auch in der Auseinandersetzung aufrufen?

Wie jüngste Beispiele zeigen, droht die mässigende, stützende und vermittelnde Rolle der Kirche manchmal etwas in den Hintergrund zu treten. Dazu tragen bei weitem nicht allein die Kirche oder einzelne ihrer Exponentinnen und Exponenten bei. Dafür mitverantwortlich ist der immer härtere Umgangston in der Politik allgemein, der auch vor der Diskussion mit Kirche und Kirchenvertreterinnen und -vertretern nicht Halt macht. Gerade die Diskussion zwischen Exponentinnen und Exponenten von Kirche und Staat würde nun die Gelegenheit bieten, den politischen Diskurs ganz generell wieder etwas zu kultivieren. Staatliche Politik und staatliche Lösungsansätze in der Politik können sich sehr wohl erfolgreich an der christlichen Lehre orientieren. Diese christliche Lehre und ihre Vermittlung durch die Kirche leisten einen wesentlichen Beitrag an die ethische Orientierung und die Gewissensbildung in der Gesellschaft. Nächstenliebe und Toleranz bilden nicht nur Grundwerte einer christlichen, sondern ebenso Grundwerte einer staatlichen Gemeinschaft. Sie betonen das Gemeinsame und nicht das Trennende.

Der Dank-, Buss- und Betttag sollte uns daran erinnern, dass Kirche und Staat die brennenden Probleme dieser Zeit nur gemeinsam lösen können. Dazu sind Anstrengungen von uns allen nötig. Viele Konflikte werden nicht vor dem Spiegel der Öffentlichkeit mit entsprechendem Echo in der Medienwelt ausgetragen. Viele Konflikte sind im Kleinen, im täglichen Zusammenleben, in der Familie und in andern sozialen Gemeinschaften zu lösen. Hier gilt das Gleiche wie für Staat und Kirche. Gehen wir auf einander zu, respektieren wir uns gegenseitig, zeigen wir Achtung vor Andersge-

sinnnten. Helfen wir insbesondere den Schwächeren unter uns, die nicht die Kraft aufbringen, sich in der täglichen Auseinandersetzung mit dem Leben zu behaupten. Im Sinne des christlichen Glaubens und der christlichen Nächstenliebe zu handeln, soll nicht nur am heutigen Dank-, Buss- und Bettag, sondern dauernd unser Ziel sein.

Mit diesen Gedanken empfehlen wir Euch, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, und alle unsere Mitmenschen samt uns der Obhut des Allmächtigen.

Chur, im September 2005

Namens der Regierung

Die Präsidentin: Dr. Eveline Widmer-Schlumpf

Der Kanzleidirektor: Dr. Claudio Riesen

Gremium: Regierung

Quelle: dt Standeskanzlei

Data: 29.08.2005